

I. Anmeldung

TOP: _____

Umweltausschuss
Sitzungsdatum 15.06.2016
öffentlich

Betreff:

Umgang mit Glyphosat in Nürnberg

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 17.12.2015

Anlagen:

Sachverhalt

Abfrage bei den betroffenen Geschäftsbereichen

Stellungnahmen der Geschäftsbereiche (2.BM/SÖR,3. BM, Ref.VII/ML, Ref.VII/LA, UwA,Gh, SUN/U)

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Mit Antrag vom 17.12.2015 forderte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Bericht zum Umgang mit dem Herbizid Glyphosat in Nürnberg an. Den Hintergrund für diesen Antrag bildet die aktuelle Debatte um die erneute Zulassung dieses Wirkstoffs auf europäischer Ebene zur Anwendung in der Landwirtschaft.

In Nürnberg wird dieser Wirkstoff auf städtischen Flächen nicht eingesetzt. Über die Vewerndung im privaten Bereich liegen keine belastbaren Erkenntnisse vor. Die Messung der Glyphosat-Konzentrationen im Abwasser zeigt aber, dass in gewissem Umfang Glyphosat im Stadtgebiet eingesetzt wird.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es handelt sich ausschließlich um eine umweltfachliche Thematik.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Ref.III

Nürnberg, 18.05.2016
Referat für Umwelt und Gesundheit

(4977)